Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

1.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Ahrensburg

Ort: Ahrensburg

NUTS-Code: DEF0F Stormarn

Land: Deutschland

E-Mail: lenk-hagen@ahrensburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: https://www.ahrensburg.de/

1.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YKRRPPQ/documents

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YKRRPPQ

1.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

1.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

OGS Trägerschaft Am Aalfang

Referenznummer der Bekanntmachung: 5502/22

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

85300000 Dienstleistungen des Sozialwesens und zugehörige Dienstleistungen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Gegenstand des Auftrages ist die Erstellung und Umsetzung eines Ganztags- und Betreuungsangebotes basierend auf dem pädagogischen Konzept der Offenen Ganztagsschule Am Aalfang in Ahrensburg. Die Grundschule Am Aalfang wird seit dem Schuljahr 2020/21 als offene Ganztagsschule geführt. Für den Betrieb der offenen Ganztagsschule wird ab 2023/24 ein neuer Träger gesucht.

Es handelt sich um einen Auftrag über besondere und soziale Dienstleistungen gem. § 130 GWB und §§ 64-66 VgV.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

85000000 Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens

85310000 Dienstleistungen des Sozialwesens

8000000 Allgemeine und berufliche Bildung

85320000 Dienstleistungen im Sozialwesen

55524000 Verpflegungsdienste für Schulen

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF0F Stormarn

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Die Leistungen des Trägers sind:

- Ganztagsbetreuung von 12:00 bis 16:00 Uhr (bedarfsgerecht)
- Früh- und Spätbetreuung von 6:45 bis 7:45 Uhr und 16:00 bis 17:00 Uhr
- Ferienbetreuung von 06:45-17:00 Uhr mit 3-wöchiger Schließzeit
- Angebot eines Mittagsessens
- Umsetzung des pädagogischen Konzeptes, u.a. betreute Aktivitäten (z.B. Hausaufgabenbetreuung usw.), Kurs- bzw. AG-Angebote, Verzahnung von Unterricht und Betreuungsangeboten, Kooperation mit den Lehrkräften (insbesondere Übergabe)
- Die Schule und der weitere Träger kooperieren bei der Gewinnung von Kursanbietern. Der weitere Träger schließt Kooperationsverträge mit den ausgewählten Kursanbietern ab und überwacht deren Dienstleistung
- Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und der städtischen Schulsozialarbeit
- Abschluss von Betreuungsverträgen mit den Eltern auf Basis dieser Leistungsbeschreibung und der Kooperationsvereinbarung und Einzug der Elternbeiträge unter Berücksichtigung von Ermäßigungstatbeständen nach Vorgabe der Stadt
- Landesmittel beantragen und abrechnen

Es handelt sich um einen Auftrag über besondere und soziale Dienstleistungen gem. § 130 GWB und §§ 64-66 VqV.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität des Umsetzungskonzepts / Gewichtung: 50

Qualitätskriterium - Name: Qualifikation des eingesetzten Personals / Gewichtung: 20

Kostenkriterium - Name: Höhe des Betriebsdefizits gemäß Wirtschaftsplan / Gewichtung: 30

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/08/2023 Ende: 31/07/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Vertrag verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Schuljahr, wenn er nicht von einer der beiden Vertragsparteien gekündigt wird. Der Vertrag kann von den Vertragspartnern schriftlich zum 31.07. eines jeden Jahres gekündigt werden, erstmals zum 31.07.2024. Die Kündigung muss spätestens bis zum 01.12. des Vorjahres schriftlich mit eingeschriebenem Brief beim Empfänger eingehen.

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 1

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Es findet keine Auswahl zwischen den geeigneten Bewerbern statt. Es werden alle Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert, die Eignungsprüfung bestehen.

Es handelt sich um einen Auftrag über besondere und soziale Dienstleistungen gem. § 130 GWB und §§ 64-66 VgV.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Gesamtumsatz des Unternehmens der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre und Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen im Bereich der Betreuung von Kindern im Grundschulalter betrifft.

Es ist jeweils zwingend der Umsatz bezogen auf das Unternehmen des Bewerbers (ohne konzernverbundene Gesellschaften) anzugeben. Bei Bewerbergemeinschaften sind jeweils die kumulierten Werte aller Mitglieder anzugeben, ohne dass weitere Hinweise oder Nachweise notwendig sind. Der Umsatz konzernverbundener oder sonstiger Unternehmen kann (auch bei Bewerbergemeinschaften) im Wege der Eignungsleihe mit einbezogen werden, wenn gemäß § 47 Abs. 1 VgV nachgewiesen wird, dass dem Bewerber die Mittel dieser Unternehmen im Auftragsfall zur Verfügung stehen; in diesem Falle ist in einer Anlage darauf hinzuweisen, dass, in welcher Höhe und von welchen Unternehmen Drittumsätze mit einbezogen wurden.

Besteht das Unternehmen noch nicht entsprechend lang, sind die Geschäftsjahre seit Bestehen einzutragen. Bei kalenderjahrungleichen Geschäftsjahren und Rumpfgeschäftsjahren sind auch deren Beginn und Ende anzugeben.

Zur Nachweisführung genügt eine Eigenerklärung zu den entsprechenden Umsätzen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren im vorgegebenen Bewerbungsformular. Der Auftraggeber behält sich vor, bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit der Eigenerklärung von den Bewerbern im Wege der Aufklärung die Vorlage geprüfter Jahresabschlüsse oder vergleichbarer Nachweise (z. B. Steuerberaterbescheinigung) zu verlangen. Beruft sich der Bewerber im Wege der Eignungsleihe zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf den Umsatz anderer Unternehmen (§ 47 VgV), so wird gemäß § 47 Abs. 3 VgV vorgeschrieben, dass diese Unternehmen gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung haften.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

a) Referenzliste über die Betreuung von Kindern im Grundschulalter innerhalb der letzten 3 Jahre; zur Nachweisführung genügt die Angabe der Referenzen im Bewerberformular mit ergänzenden Informationen zum Auftraggeber, zu Art und Umfang der ausgeführten Leistung (insbesondere zur Anzahl der betreuten Kinder)

und zum Ausführungszeitraum; der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung der Leistungen zu verlangen,

b) Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte; zur Nachweisführung genügt eine Eigenerklärung im Bewerbungsformular. Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu a): Es sind nur Bewerber geeignet, die mindestens eine Referenz über die Betreuung von Kindern im Grundschulalter vorweisen, die die Anforderungen an die allgemeine Vergleichbarkeit erfüllt, sonst gelten sie als nicht hinreichend geeignet. Um den Anforderungen an die allgemeine Vergleichbarkeit zu genügen, muss eine Referenz die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllen:

- die Referenz muss die Betreuung von Kindern im Grundschulalter beinhalten und
- die Referenz muss aus den letzten 3 Jahren sein, d. h. frühestes Leistungsende ist der 1.6.2019. Die Möglichkeit zur Eignungsleihe gem. § 47 Abs. 1 VgV bleibt unberührt.
- III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Mit dem Teilnahmeantrag: Abgabe der Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen (Formblatt für den Teilnahmeantrag in den Vergabeunterlagen enthalten).

Mit Angebotsabgabe: Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns gem. Vergabegesetz Schleswig-Holstein (VGSH) (Formblatt für die Angebotsabgabe in den Vergabeunterlagen enthalten).

Alle weiteren Vertragsbedingungen werden im Kooperationsvertrag genannt.

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1) Beschreibung
- IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.5) Angaben zur Verhandlung
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

- IV.2) Verwaltungsangaben
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/07/2022 Ortszeit: 10:00

- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Teilnahmeanträge sind unter Verwendung des vom Auftraggeber bereitgestellten Bewerbungsformulars zu stellen; das Formular ist unter der in Abschnitt I.3 angegebenen Internetadresse abrufbar.

Rückfragen werden nur über das Vergabeportal (vgl. die in Abschnitt I.3. angegebene Internetadresse) beantwortet. Nur dort registrierte Unternehmen werden über neue Bewerber- bzw. Bieterinformationen unaufgefordert informiert. Eine entsprechende Registrierung bereits unmittelbar beim Herunterladen der dort abrufbaren Unterlagen wird deshalb dringend empfohlen. Alle nicht registrierten Interessenten sind aufgefordert, regelmäßig das genannte Vergabeportal aufzusuchen, um dort eventuelle Bewerber- bzw. Bieterinformationen abzurufen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YKRRPPQ

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24105 Land: Deutschland

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein zulässiger Nachprüfungsantrag bei der unter VI.4.1. genannten Vergabekammer kann allenfalls bis zur wirksamen Zuschlagserteilung gestellt werden. Eine wirksame Zuschlagserteilung ist erst möglich, wenn der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, in Textform informiert hat und seit der Absendung der Information 15 Kalendertage (bei Versand per Telefax oder auf elektronischem Weg: 10 Kalendertage) vergangen sind.

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit:

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergaberechtsvorschriften schon vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergaberechtsvorschriften, die aufgrund dieser Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in IV.2.2. genannten Frist gerügt werden, oder
- Verstöße gegen Vergaberechtsvorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt werden.
 Teilt der Auftraggeber einem Bewerber oder Bieter mit, dass er einer Rüge nicht abhelfen will, so kann der betroffene Bewerber oder Bieter wegen dieser Rüge nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen zulässigen Nachprüfungsantrag stellen.

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

10/06/2022